



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS WIRTSCHAFT: ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG UND WESTLICHE SANKTIONEN

■ ANALYSE		
Russlands Potenzial für eine ökologische Modernisierung		2
Sergej Bobyljow / Olga Kudrjawzewa / Irina Gretschuchina, Moskau		
■ ANALYSE		
Ein wirksames Mittel? Russlands kreativer Umgang mit Sanktionen		6
Ewa Dąbrowska, Amsterdam / Berlin		
■ UMFRAGE		
Russlands Bürger zur Sanktionspolitik		10
<hr/>		
■ CHRONIK		
6. – 15. November 2017		12

Russlands Potenzial für eine ökologische Modernisierung

Sergej Bobyljow / Olga Kudrjawzewa / Irina Gretschuchina, Moskau

Zusammenfassung

Russland hat den Übergang zu einem Modell ökologisch nachhaltiger Entwicklung beschlossen – zumindest auf dem Papier. Zu den zentralen Maßnahmen für den Aufbau einer nachhaltigeren und »grüneren« Wirtschaft zählen die angestrebte massive Verbreitung »bester verfügbarer Techniken« und diverse CO₂-Mechanismen. Im Kampf gegen den Klimawandel und bei der ökologischen Modernisierung Russlands wird das Augenmerk zunehmend auch auf erneuerbare Energiequellen gerichtet. Auch wenn deren Nutzung noch marginal ist, haben sie das Potential, die Energiewirtschaft Russlands grundlegend umzugestalten, vor allem in abgelegenen Landesteilen und Regionen mit mangelnden Energieversorgung.

Aufbruch zu einem Modell ökologisch nachhaltiger Entwicklung?

In den vergangenen zwei bis drei Jahren erfolgten in Russland wichtige Schritte, die eine Beschleunigung der ökologischen Modernisierung befördern könnten. Auch das Jahr 2017, das im Land offiziell zum Jahr der Ökologie erklärt worden war, brachte neue Prioritäten in der Umweltpolitik hervor. Große ökologische und praktische Bedeutung könnten Anordnungen von Präsident Putin an die russische Regierung aus dem Januar 2017 erlangen, wenn diese tatsächlich umgesetzt werden. Sie sind das Ergebnis einer Sitzung des Staatsrats zum Thema »ökologischen Entwicklung Russlands zum Nutzen künftiger Generationen« (<http://kremlin.ru/d/53775>).

In den Anordnungen sind erstmals Formulierungen zu finden, die für Russland in den Bereichen Ökologie und Wirtschaft in gewisser Hinsicht revolutionär sind. Unter den neuen offiziellen Begriffen lassen sich folgende hervorheben:

- Übergang zu einem Modell ökologisch nachhaltiger Entwicklung,
- ein System von Indikatoren für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung,
- ein System von Kompensationen (Zahlungen) für Ökosystem-Dienstleistungen,
- Berücksichtigung der Risikobewertung in Bezug auf Schäden für die menschliche Gesundheit,
- grüne Finanzinstrumente.

Darüber hinaus wurde unterstrichen, dass die Energieeffizienz erhöht werden müsse, einschließlich der Entwicklung erneuerbarer Energien. Allerdings wird der Kern einiger Formulierungen, die in den Anordnungen enthalten sind, wegen mangelnder Beachtung der ökologischen Probleme und aufgrund einer schwachen Umweltbildung längst nicht von allen Beamten in den Behörden und sogar nicht einmal von allen Experten verstanden. Das erschwert – neben vielen anderen Gründen – zweifellos die Umsetzung einer ganzen Reihe dieser Anordnungen.

Alle »ökologischen« Schritte der letzten Zeit müssen im Kontext von Versuchen gesehen werden, Russland aus einem export- und rohstofforientierten, »anti-nachhaltigen« Entwicklungsmodell wegzuführen, das sich erschöpft und die Wirtschaft in eine Sackgasse manövriert hat. Letzteres wird von der Staatsführung eingestanden und in offiziellen Papieren unterstrichen. Mit der Suche nach neuen Modellen befassen sich Regierungsstellen und führende Think-Tanks des Landes, die die Programme für die Präsidentschaftswahlen 2018 vorbereiten, unter anderem das »Zentrum für strategische Ausarbeitungen« von Alexej Kudrin. Wie erfolgreich diese Suche sein wird, wird sich in näherer Zukunft zeigen müssen.

Unter den Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung, die in der unmittelbaren Zukunft erhebliche ökologische und wirtschaftliche Effekte zeitigen sollen, ist die Umsetzung des Konzepts der »besten verfügbaren Techniken« (BVT) zu nennen sowie – im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel – die Einführung von CO₂-Mechanismen. Diese Maßnahmen werden für den Aufbau einer nachhaltigeren und »grüneren« Wirtschaft in Russland notwendig. Sie sind in den Medien sowie in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion leider nicht ausreichend beachtet worden. Gleichwohl könnte ihr Einfluss bei der Modernisierung und ökologischen Weiterentwicklung der Wirtschaft beträchtlich sein.

Beste verfügbare Techniken

Im Juli 2014 trat ein Änderungsgesetz zum russischen Umweltschutzgesetz in Kraft, das zu einer technologischen Revolution führen und in der Wirtschaft Russlands radikale technologische Fortschritte anstoßen könnte. Es zielt im Kern auf eine massive Verbreitung der »besten verfügbaren Techniken«. Solche Technologien machen es möglich, bei wirtschaftlicher (investitionstechnischer) Verfügbarkeit die Umweltverträglichkeit zu optimieren. Das heißt, es werden bei der technologischen Modernisierung von umweltintensiven

Unternehmen recht strenge technische und Umweltauflagen eingeführt. Die BVT sind ein äußerst wichtiges Vehikel, um das geringe Tempo bei der Erneuerung des Sachkapitals zu überwinden und den technologischen Rückstand zu beseitigen, wie er heuer aufgrund des unzureichenden Investitionsvolumens festzustellen ist.

Im Grunde ist in Russland das BVT-Konzept der Europäischen Union verabschiedet worden, das dort seit den 1970er Jahren entwickelt wurde (siehe hierzu u. a. [Informationen des Umweltbundesamtes](#)). Bei der Umsetzung des russischen BVT-Gesetzes besteht eine wichtige Aufgabe darin, die europäischen technischen Merkblätter zu den BVT anzupassen und für die verschiedenen Branchen eigene nationale Merkblätter auszuarbeiten und mit einem entsprechenden Rechtsstatus zu versehen. Gegenwärtig sind bereits für die Schlüsselbranchen einige Dutzend solcher Merkblätter erstellt worden. Diese von Grund auf neuen Dokumente des nationalen Standardisierungssystems umfassen alle Anwendungsbereiche von BVT in Russland. Hierzu gehört auch eine Reihe branchenübergreifender Merkblätter (zur Energie-Effizienz, zum Umwelt-Controlling, zur Abgas- und Abwasserreinigung usw.), die bis zum 1. Januar 2018 offiziell verabschiedet, herausgegeben und öffentlich zugänglich sein sollen.

Die Zielindikatoren der BVT wurden derart gewählt, dass in der Einführungsphase komplexer ökologischer Lösungen, die auf der ersten Generation der BVT-Merkblätter sowie auf technologischen Kennziffern beruhen (beginnend 2019 über 7–10 Jahre), wenigstens ein Drittel der russischen Unternehmen seinen Schadstoffausstoß und die Menge des entstehenden Mülls wird reduzieren müssen. Genau hierdurch sollen die BVT zu einem wirksamen Instrument der Umwelt- und Industriepolitik werden, mit dem negative Umweltfolgen reduziert und die Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben werden können. Daneben bedeutet der Übergang zu BVT zweifellos einen Anreiz zur Weiterentwicklung des russischen Maschinenbaus und der Importsubstitution. Gleichzeitig ist allerdings auch der Widerstand vieler Wirtschaftsvertreter gegen die Einführung von BVT mehr als deutlich geworden, da eine Modernisierung der Technologien beträchtliche Investitionen und den Import von Anlagen erfordert. Angesichts der schwächelnden Wirtschaft in Russland, der hohen Kreditzinsen und der Sanktionen ist das eine recht schwere Aufgabe. So überrascht es nicht, dass das oben erwähnte Änderungsgesetz recht lange in der Staatsduma erörtert wurde, wobei es vom Ministerium für natürliche Ressourcen und Ökologie vorangetrieben wurde und auf den heftigen Widerstand russischer Großunternehmen in Gestalt des »Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer« (RSPP) traf.

Die Frage einer Einführung der BVT steht auch in einem engen Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die sozialen und ökonomischen Folgen der Umweltverschmutzung in Russland zu reduzieren. Die alten Unternehmen und Technologien verursachen erhebliche Schäden für die Natur und die Gesundheit der Menschen. Die Forschung hat längst die beträchtlichen Ausmaße der Schäden beschrieben, die dem Land durch die Umweltverschmutzung entstehen. Sie zeigen sich sowohl im Bereich der Wirtschaft, wie auch am Gesundheitszustand der Bevölkerung. Allerdings sind die entsprechenden Ziffern erst vor kurzem auf offizieller Ebene vorgelegt worden. Präsident Putin hat auf einer Sitzung des Staatsrates am 27. Dezember 2016 erklärt, dass der jährliche umweltbedingte Schaden für die Wirtschaft bis zu sechs Prozent des BIP beträgt, und bis zu 15 Prozent, wenn die gesundheitlichen Folgen berücksichtigt werden (<http://kremlin.ru/events/president/news/53602>). Berücksichtigt man darüber hinaus, dass das gegenwärtige und – folgt man den vorliegenden Prognosen – auch das zukünftige Wachstum des russischen BIP 1 bis 3 Prozent beträgt, liegt die Notwendigkeit auf der Hand, zukünftig der Umwelt mehr Priorität einzuräumen und eine radikalere Modernisierung anzustreben, um ein neues ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell aufzubauen.

CO₂-Mechanismen

Für die nähere Zukunft können zur Bekämpfung und Bewältigung des Klimawandels CO₂-Mechanismen zu einem wichtigen Modernisierungsinstrument in Russland werden. Trotz der anhaltenden wissenschaftlichen Diskussion über die Ursachen des globalen Klimawandels ist die offizielle Position Russlands eindeutig darauf ausgerichtet, die Bedeutung des Klimaproblems anzuerkennen, ebenso wie auf den Umstand, dass Lösungen vonnöten sind.

Diese Position spiegelt sich in der Klimadoktrin der Russischen Föderation von 2009 wie auch in nachfolgenden Klimadokumenten und der 2017 verabschiedeten »Strategie für die ökologische Sicherheit der Russischen Föderation für den Zeitraum bis 2025« wider. Dass man sich der akuten Gefahren durch den Klimawandel bewusst wurde, hängt zu großen Teilen mit der zunehmenden Häufigkeit von Naturkatastrophen und gefährlichen Wetterereignissen im Land zusammen. Der Klimawandel erfolgt in Russland erheblich schneller als in den meisten anderen Ländern: Folgt man den Daten des russischen Föderalen Dienstes für Hydrometeorologie und Umweltmonitoring (Rosgidromet) aus dem Jahr 2016, steigt die Durchschnittstemperatur auf dem Gebiet der Russischen Föderation zweieinhalb Mal so schnell wie im globalen Durchschnitt, nämlich um

0,45 °C in zehn Jahren. Ein besonders schneller Anstieg ist in den polaren Regionen zu beobachten, wo die Temperaturen um 0,8 °C in zehn Jahren steigen (<<http://cc.voeikovmgo.ru/images/dokumenty/2017/doc2016.pdf>>). Die negativen Folgen könnten in entfernterer Zukunft ebenfalls drastisch ausfallen: Zwei Drittel des russischen Territoriums liegen in der Permafrostzone, wo ein Auftauen des Bodens mit riesigen ökologischen und ökonomischen Schäden verbunden wäre.

Gegenwärtig soll sich – offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen zufolge – der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 25–30 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 verringern. Berücksichtigt man den durch die Wirtschaftskrise bedingten beträchtlichen Rückgang des Ausstoßes in den 1990er Jahren, bedeutet das praktisch eine Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus. In allernächster Zukunft soll festgelegt werden, welcher Art der einzuführende CO₂-Mechanismus sein soll, entweder eine CO₂-Steuer oder ein Handel mit Treibhausgasquoten.

Bei den Klimaverhandlungen besteht eine der grundsätzlichen Positionen Russlands darin, dass die Senkenkapazitäten der russischen Wälder, die 20 Prozent der bewaldeten Fläche der Erde ausmachen, zu berücksichtigen sind. Hier geht es um die regulierenden Funktionen des Ökosystems, durch die Treibhausgase gebunden werden. In den Anordnungen von Präsident Putin an die Regierung von 2017 wird in neuen Begriffen davon gesprochen, dass der Aufbau eines Entschädigungs- bzw. Zahlungssystems zur Berücksichtigung solcher Ökosystem-Dienstleistungen notwendig sei. Dabei stützt man sich auf den Umstand, dass Russland hier einen gewichtigen ökologischen Beitrag leistet, wie auch auf die Ausarbeitung und Verabschiedung einer nationalen Methodologie zur Bewertung der Fähigkeit sämtlicher Arten von Wäldern, Gewässer- und Sumpfbereichen sowie Steppen, Kohlendioxid zu binden.

Erneuerbare Energien in abgelegenen Regionen

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel und mit einer ökologischen Modernisierung in Russland ist zu beobachten, dass erneuerbaren Energiequellen zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird. In Russland sind erneuerbare Energien als eigene Teilbranche der Energiewirtschaft praktisch nicht existent: 2016 entfielen nur 0,2 Prozent des erzeugten Stromes auf erneuerbare Energiequellen. Trotz dieser bescheidenen Dimensionen ist die Frage einer Entwicklung der erneuerbaren Energien in Russland Gegenstand heftiger Diskussionen und Auseinandersetzungen. Nachdem 2013 ein neues Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien eingeführt wurde, ist die Frage noch

aktueller geworden. In Russland dürften die Vorräte an fossilen Energieträgern zwar noch auf Jahrzehnte reichen und es herrscht in der Gesellschaft die Ansicht vor, dass eine Stromerzeugung mit Hilfe dieser exotischen erneuerbaren Energien unbegründet und kostspielig sei. Aber es gibt eben auch objektive Faktoren, die für eine Entwicklung erneuerbarer Energien sprechen. Rund 70 Prozent des russischen Territoriums liegen in Gebieten mit »dezentraler« Energieversorgung. Ungefähr zehn bis zwölf Millionen Menschen haben keinen Anschluss an das Stromnetz und versorgen sich mit Hilfe autonomer Energiesysteme, die mit Diesel oder Benzin arbeiten. Daher könnte die Entwicklung erneuerbarer Energien einen großen sozialen Effekt entfalten, wenn dadurch die Lebensqualität von Millionen Menschen verbessert werden würde.

Jährlich werden in Gegenden, die nicht an ein zentrales Stromnetz angebunden sind, rund sieben Millionen Tonnen Ölprodukte und über 23 Millionen Tonnen Kohle per Hubschrauber oder Tanker herantransportiert. Bei den großen Entfernungen zwischen den Regionen erhöhen die Transportkosten den Brennstoffpreis erheblich. An einigen Punkten fernab eines zentralen Netzes erreicht der Selbstkostenpreis für Strom bis zu 600 Rubel pro KW/h (ca. 8,67 € pro KW/h). Ein großer Teil des Strompreises für Konsumenten wird auf unterschiedlichen Ebenen aus öffentlichen Haushalten subventioniert. Nach Angaben der »Russischen Energie-Agentur« (REA) des Energieministeriums belaufen sich die jährlichen Subventionen für die Energieversorgung in technologisch isolierten Regionen auf über 20 Milliarden Rubel (ca. 289 Mio. €). Darüber hinaus bestehen ernsthafte Beschränkungen für eine fortgesetzte Nutzung von Dieselgeneratoren: Der Abnutzungsgrad der Anlagen liegt bei 60 Prozent, was zum Teil den niedrigen Wirkungsgrad von 20–30 Prozent verantwortlich ist.

Die Streuung der Kleinabnehmer macht den Bau von Verteilernetzen nicht zweckmäßig. Eine dezentrale Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen allerdings würde sehr wohl passen. Die Regionen im Norden und Fernen Osten haben ein großes Potenzial für die Entwicklung erneuerbarer Energien. Hinsichtlich der täglichen Sonneneinstrahlung und Windstärken ist der Fernöstliche Föderalbezirk eine der attraktivsten Regionen Russlands für die Entwicklung von Wind- und Solarenergie. Bei einem durchschnittlichen Selbstkostenpreis von 35–45 Rubel pro KW/h (ca. 0,51–0,58 € pro KW/h) für Dieselstrom hat Solarstrom in Jakutien bereits 2013 Netzparität erreicht und ist billiger als Dieselstrom.

Die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien beläuft sich im Fernöstlichen Föderalbezirk auf rund vier Megawatt. Das erlaubt eine Einsparung von jährlich 1.600 Tonnen Dieselmotoren. 2016 betrug die

Einsparung bei einem Dieselpreis von 45.000 Rubel pro Tonne (ca. 650 €/t) ungefähr 71,8 Millionen Rubel (ca. 1 Mio. €). Im Rahmen eines umfassenden Programms zur Installation von Technologien für erneuerbare Energien im Fernen Osten ist der Bau von über 170 Objekten mit einer Gesamtleistung von 145 Megawatt geplant. In der aktuellen Phase besteht die Aufgabe darin, die Produktion von Dieselstrom an bestimmten Punkten zu 20–40 Prozent zu ersetzen.

Energiemangel, Strompreise und Umweltbedingungen – Katalysatoren für erneuerbare Energien

Ein weiterer Faktor zugunsten der Entwicklung erneuerbarer Energien in Russland besteht in der mangelnden Energieversorgung durch das zentralisierte Einheitliche Energiesystem in einigen Regionen. Ungeachtet des Umstandes, dass Russland ein Exporteur fossiler Rohstoffe ist, produziert ein großer Teil der russischen Regionen weniger Energieressourcen als dort benötigt werden. Dadurch entsteht im Gebiet mit zentraler Energieversorgung, und hier vor allem in defizitären Regionen, das Problem, eine garantierte Grundversorgung der Bevölkerung und der Industrie zu gewährleisten. Verschärft wird das Problem durch die Frage, wie neu gebaute Unternehmen Zugang zu den Netzen erhalten. Im Moskauer und im Leningrader Gebiet, in der Region Krasnojarsk sowie in einer Reihe anderer Regionen mit Energiemangel sehen sich Unternehmen genötigt, hohe Preise für den technischen Anschluss zu zahlen. Im Schnitt werden 30 Prozent der Anträge auf einen Anschluss nicht bewilligt.

Darüber hinaus könnte auch der Preisanstieg auf dem Strommarkt für Endverbraucher zu einem Katalysator für die Entwicklung erneuerbarer Energien werden. Über die vergangenen zehn Jahre haben sich die Strompreise in Russland verdreifacht. Der Preis für die Kilowattstunde ist für industrielle Verbraucher auf über 8–10 Eurocent gestiegen. Prognosen für die nächsten

Jahre zufolge wird der Preisabstieg in diesem Tempo anhalten.

In dieser Situation wird es für Abnehmer kleiner und mittlerer Strommengen zunehmend günstiger, zum Teil oder vollständig auf eine Versorgung über das zentrale Netz zu verzichten und eigene Anlagen zur Stromerzeugung einzusetzen. In Russland hat ein spontaner Anstieg der Nachfrage nach dezentral erzeugtem Strom eingesetzt. Nach unterschiedlichen Angaben ist Strom aus eigener Produktion zwischen 30 und 60 Prozent günstiger als eingekaufter Strom, da man nicht für den Transport, für die für jeden Abnehmer zu garantierende Mindestleistung und für Netzverluste zu zahlen hat.

Ein weiterer Anreiz für erneuerbare Energien könnte aus der unbefriedigende Umweltsituation in vielen Städten und Regionen Russlands erwachsen. Die Stromwirtschaft, auf die ein Viertel aller Schadstoffemissionen entfällt, hat einen gehörigen Anteil an der sich verschlechternden Umweltsituation. Zum einen stellt die Abkehr der Energiewirtschaft von fossilen Rohstoffen mit Hilfe einer Entwicklung erneuerbarer Energien einen der aussichtsreichen Wege zur Sanierung der Umweltsituation in den besonders belasteten Städten und Regionen dar. Darüber hinaus würde es die außenwirtschaftliche Situation und das Image Russlands im Kontext des internationalen Handels und des Klimadialogs verbessern.

Fazit

Im Zuge einer ökologischen Modernisierung und vor dem Hintergrund des Aufbaus einer neuen technologischen Plattform zur Entwicklung der Energiewirtschaft bietet sich Russland die einmalige Gelegenheit, seine Anlagen unter dem Einsatz kohlenstoffarmer Technologien zu erneuern – darunter auch mit Technologien für erneuerbare Energien.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Sergej Bobyljow, ausgezeichnet als Verdienter Wissenschaftler der Russischen Föderation, ist Professor und habilitierter Wirtschaftswissenschaftler. Er leitet den Lehrstuhl für Natur- und Umweltwirtschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU). Darüber hinaus ist er Leiter des Zentrums für Biowirtschaft und ökologische Innovationen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der MGU.

Olga Kudrjawzewa ist habilitierte Wirtschaftswissenschaftlerin und Professorin am Lehrstuhl für Natur- und Umweltwirtschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU).

Irina Gretschuchina ist promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin und stellvertretende Leiterin der Abteilung Internationale Organisationen der FGBU »Russische Energie-Agentur« (REA) des russischen Energieministeriums.

Literaturtipps

- Sergei Bobylev, Renat Perelet (Hg.): Sustainable Development in Russia, 2013: <https://www.austausch.org/files/DRA/Publikationen/Sustainable_Development_in_Russia.pdf>

- Bobylev S.N., Solovyeva S.V.: Sustainable Development Goals for the Future of Russia, in: Studies on Russian Economic Development, 28.2017, Nr. 3, 2017, S. 259–265.

Veranstaltungstipp

Wie heißt Green New Deal auf Russisch? Perspektiven für eine ökologische Modernisierung der russischen Volkswirtschaft.

Wann: Mittwoch, 22. November 2017, 17:00 Uhr – 21:00 Uhr

Wo: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Livestream: <www.boell.de/de/livestream>

Sergei Bobyljow wird auf der Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung mit Ralf Fücks vom »Zentrum Liberale Moderne« über die Grundbedingungen und Potenziale für eine ökologische Modernisierung der russischen Volkswirtschaft diskutieren. Programm und Anmeldung finden Sie unter: <<http://calendar.boell.de/de/event/wie-heisst-green-new-deal-auf-russisch-perspektiven-fuer-eine-oekologische-modernisierung>>.

ANALYSE

Ein wirksames Mittel?

Russlands kreativer Umgang mit Sanktionen

Ewa Dąbrowska, Amsterdam / Berlin

Zusammenfassung

Sind Sanktionen ein geeignetes Mittel, um Russland zu einer Korrektur seiner Politik gegenüber der Ukraine zu bewegen? Die Antwort auf diese Frage ist umstritten. Uneinigkeit herrscht ebenfalls darüber, wie sehr Sanktionen die russische Wirtschaft tatsächlich beeinträchtigen. In der folgenden Analyse wird die Vielzahl an Methoden aufgezeigt, mittels derer russische Unternehmen versuchen, Sanktionen zu umgehen. Als besonders praktisch erweisen sich die Verbindungen russischer Unternehmen in nichtwestliche Länder – und in Steueroasen. Russlands Wirtschaft passt sich allmählich dem Sanktionsregime an, wodurch Sanktionen an Effektivität verlieren.

Was bedeuten die Sanktionen für die russische Wirtschaft?

Im August 2017 machte der Fall »Siemens« Schlagzeilen. Gasturbinen, die von diesem deutschen Konzern hergestellt wurden, waren auf die Krim gelangt. Das Unternehmen selbst sowie die deutsche Regierung versicherten, dass der Import von Gasturbinen auf die Krim ohne ihr Wissen stattgefunden hat. Um ihrer echten oder vorgespielten Empörung Ausdruck zu verleihen, setzte die deutsche Regierung bei der EU eine Erweiterung der Sanktionen auf jene russischen Firmen durch, die für diesen heimlichen Import verantwortlich waren. Dieser Fall ermöglichte es Deutschland, seine Position, der zufolge Sanktionen notwendig sind, zu festigen und ein Zeichen zu setzen, dass sie Forderungen nach deren Abschaffung nicht nachgibt. Gleichzeitig demonstrierte der Fall aber auch, dass das System der Sanktionen porös ist.

Wie sehr schaden Sanktionen Russland wirklich? Diese Frage wird von so manchem Experten aufgeworfen. Die Beschränkungen durch die Sanktionen haben zweifellos dazu beigetragen, dass das russische Bruttoinlandsprodukt nach 2014 schrumpfte. Zusammen mit anderen Faktoren – dem Rückgang des Ölpreises, der Rubelabwertung und den abwandernden ausländischen Investitionen – führten die Sanktionen dazu, dass der Standort Russland in den Jahren 2014–2016 unattraktiv wurde. Die Bemühungen der russischen Regierung, Sanktionen als unwirksam darzustellen, waren in dieser Zeit nicht sonderlich überzeugend. Ende 2016 wies die russische Wirtschaft allerdings wieder ein Wachstum auf und das wird 2017 voraussichtlich 2 Prozent betragen. Das könnte als ein Zeichen interpretiert werden, dass sich die russische Wirtschaft an die errichteten Beschränkungen angepasst hat. Gleichzeitig fordert die russlandfreundliche Lobby in den Ländern des Wes-

tens ununterbrochen die Abschaffung der Sanktionen. Wie wirksam sind die Sanktionen also wirklich? Und welche Strategien und Taktiken setzen russische Unternehmen, die von ihnen betroffen sind, ein?

Die Sanktionen umfassen eine Reihe von Instrumenten, die gegen unterschiedliche Personen und Unternehmen gerichtet sind. Die USA haben die Liste der sanktionierten Subjekte mehrmals erweitert, zuletzt im Juli 2017. Auch die EU hat Sanktionen gegen Russland verhängt, ebenso wie Kanada, Norwegen, die Schweiz, Australien und Japan. Diese Streuung führt dazu, dass nicht immer klar ist, welche Sanktionen welche Auswirkungen haben. Darüber hinaus werden im öffentlichen Diskurs die Sanktionen gegen Russland manchmal mit den Gegensanktionen, die Russland als Antwort gegen westliche Länder verhängt hatte, verwechselt. Letztere schaden den europäischen Firmen, insbesondere den Lebensmittelproduzenten, mehr als die ersteren.

Die Sanktionen gegen Russland lassen sich grob in solche unterteilen, die gegen Personen verhängt wurden – von denen viele der russischen politischen Elite angehören –, und jene, die systemrelevante Unternehmen und Banken treffen sollen. Beide Varianten der Sanktionen machen besonders den Oligarchen das Leben schwer, da sich die meisten der betroffenen russischen Holdings in ihren Händen befinden. Im Rahmen von Sanktionen der zweiten Variante wurde den betroffenen Banken der Zugang zu westlichen Krediten versperrt, die eine Laufzeit von über 30 Tagen haben. Unternehmen können sich nur noch maximal bis zu 90 Tagen verschulden. Darüber hinaus wurde den russischen Unternehmen des Rohstoffsektors der Zugang zu neuen Technologien erschwert, indem den westlichen Firmen eine Kooperation mit ihnen verboten wurde.

Sanktionsumgehung durch ...

... *Überschreibung von Unternehmen*

Die einfachste Methode, Sanktionen zu umgehen, die gegen konkrete Personen gerichtet sind und die Abläufe in deren Unternehmen beeinträchtigen, ist, diese Unternehmen auf eine andere Person umzuschreiben. So übergab der Präsident Putin nahestehende Oligarch Arkadij Rotenberg die ihm gehörenden Unternehmen »TPS Real Estate Holding« und »Mostotrest« seinem Sohn Igor. Igor Rotenberg verkaufte seinerseits »Mostotrest« weiter, um in »Gazprom Burenije« zu investieren. »Gazprom Burenije« hatte ebenfalls Arkadij Rotenberg gehört, bevor er es an Igor verkaufte. Ein anderer mit Putin befreundeter Oligarch, Genadij Timtschenko ließ das Unternehmen »Gunvor« auf seinen schwedischen Geschäftspartner Sven Olsen umschreiben. Er verkaufte auch 30 Prozent seiner Holding »Russkoje

More« (»Russisches Meer«) an seinen Schwiegersohn Gleb Frank. 17 Prozent der Aktien der Holding »Sibur« verkaufte Timtschenko an Kirill Schamalow, den Sohn des ebenfalls von den Sanktionen betroffenen Nikolaj Schamalow.

Die beiden Oligarchen Timtschenko und Rotenberg sowie auch Arkadijs Bruder Boris einigten sich ebenfalls darauf, den Besitz an der finnischen Firma »Arena Events Oy« anders zu verteilen. Boris und Arkadij Rotenberg verkauften ihre 50 Prozent Anteile an Boris' Sohn Roman. Genadij Timtschenko verkaufte ihm weitere 0,5 Prozent. Auf diese Weise entzogen sich alle drei Oligarchen den Sanktionen gegen »Arena Events Oy«, die in Kraft treten würden, weil diese jeweils zur Hälfte den mit Sanktionen belegten Oligarchen gehörte. Solche Operationen sind für US- und EU-Beamte relativ einfach nachzuverfolgen und die Sanktionen entsprechend leicht anzupassen. So wurde die Liste der personenbezogenen Sanktionen einfach um Igor und Roman Rotenberg sowie den schwedischen Partner von Genadij Timchenko erweitert.

... *neue Finanzierungswege*

Während Sanktionen gegen konkrete Oligarchen oder Funktionäre des Regimes diesen das Leben schwer machen, treffen die so genannten Finanzsanktionen nahezu die gesamte russische Wirtschaft. Betroffen sind sowohl die staatlichen Banken, die nun bei westlichen Banken nur kurzfristige Kredite bis zu 30 Tagen aufnehmen können als auch staatliche Unternehmen, die nur Kredite mit einer Laufzeit von bis zu 90 Tagen erhalten. Da die russischen Unternehmen, insbesondere die staatlichen, sich stark im Westen verschuldet haben, bedeutete diese Art von Sanktionen eine wichtige Einschränkung für sie. Es war zu erwarten, dass die russische Regierung nach Wegen suchen wird, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. In der Tat wurden eine Reihe von Fonds geschaffen, die Investitionen in die russische Wirtschaft (mit)finanzieren sollen, sowohl inländische im Rahmen einer »öffentlich-privaten Partnerschaft«, als auch ausländische. Abgesehen von diesen systematischen Mitteln, versuchten einige Banken, die Finanzierungsbeschränkungen individuell zu umgehen. Das betrifft insbesondere die engen Vertrauten von Putin gehörende Bank »Rossija« und die zweitgrößte staatliche Bank VTB. Die beiden Banken galten als »politisch«, weil sie die für das Regime wichtigen Projekte finanzierten oder Unternehmen und Medien aufkauften, die politisch bedeutsam sind. Wie Banken für Regierungszwecke genutzt werden können, hat die Erfahrung der 1990er Jahre in Russland gezeigt. In der Ära Putin wurde diese Praxis in etwas abgewandelter Form fortgesetzt – der Staat war wieder mächtig und die Banken, die sich an sol-

chen abgekarteten Geschäften beteiligten, waren staatlich oder mit der politischen Führung personell verbunden. An dem Grundmuster, dass die Banken ihre Macht zum Geldschöpfen nutzen, um in Besitz von bestimmten Unternehmen zu kommen oder die Unternehmen zu kontrollieren, hatte sich nicht viel geändert. Und so musste das Regime, nachdem die Sanktionen verhängt wurden, kreativ werden, um die politisch nutzbaren Banken mit zusätzlichen Krediten ausstatten zu können.

Die nicht von den Sanktionen betroffene private Bank »Otkritije« wurde so für kremlnahe Banken und Firmen zu einer wichtigen Finanzierungsquelle. Die Russische Zentralbank und das Finanzministerium halfen ihr dabei. Die Zentralbank stellte ihr einen Kredit von 21 Milliarden US-Dollar bereit und das Ministerium eine Milliarde US-Dollar Subvention. »Otkritije« erhielt auch Kredite von der staatlichen VTB, die auf der Sanktionsliste steht. Daraufhin verkaufte die VTB an »Otkritije« 10 Prozent ihrer Aktien. Insgesamt sind die Aktiva der Bank »Otkritije« seit der Einführung der Sanktionen auf das Fünffache gestiegen, was deutlich illustriert, dass sie als Finanzierungsinstrument genutzt wurde. Anders wäre ein solches Wachstum wirtschaftlich nicht zu erklären.

Eine Tochtergesellschaft der VTB auf Zypern – die Bank RCB – wurde ebenfalls zur alternativen Finanzierungsquelle für sanktionierte Banken und Unternehmen. Auch das wurde durch die Bank »Otkritije« möglich, indem sie zusätzlich emittierte Aktien der RCB aufkaufte. Dadurch verminderte sich der Anteil der RCB an der VTB von 60 Prozent auf 48 Prozent und die RCB fiel formal nicht mehr unter die Sanktionen. Die RCB finanzierte unter anderem die »International Media Overseas«, eine Offshore-Firma von Sergej Roldugin. Roldugin ist Cellist, gehört zum Umkreis von Putin und ist einer der wenigen Vertrauten des russischen Präsidenten, gegen den keine Sanktionen verhängt wurden. Eine gewisse Bekanntheit hat Roldugin auch im Zusammenhang mit den Panama Papers erlangt. Roldugin war einer der Protagonisten dieses Berichts, weil er extensiv Steueroasen nutzte, um sein Vermögen, und womöglich das anderer Vertrauter von Putin, zu verschleiern. Viele der von der RCB vergebenen Kredite, die dazu dienten, Roldugins Firma und andere dubiose Geschäfte zu finanzieren, waren wirtschaftlich nicht zu erklären. Hinter den meisten dieser Kredite stand die VTB.

... Schattenwirtschaft und Steueroasen

Verbindungen russischer Unternehmen zu Steueroasen sind nicht erst eine Folge der Sanktionen. Sie waren nicht nur entstanden, um dem russischen Fiskus zu entfliehen, sondern auch, um den unsicheren Eigentumsrechten in

Russland zu begegnen. Durch eine Registrierung in den Offshore-Staaten versuchen sich russische Firmen vor Enteignung zu schützen. Eine Folge dieser umfassenden Vernetzung der russischen Firmen mit Briefkastenfirmen in Steueroasen ist, dass die Wirtschaft Russlands eine starke extraterritoriale Komponente hat. Darüber hinaus erfolgt ein Großteil des russischen Wirtschaftslebens im Schatten. Eine solche Wirtschaft ist bestens gewappnet, um Sanktionen zu umgehen. Instrumente wie die Gründung von Scheinunternehmen in Steueroasen wurden über Jahre erlernt und entwickelt. So verwundert es nicht, dass solche Unternehmen auch als Mittel genutzt wurden, Geschäfte sanktionierter Firmen weiter zu betreiben.

Es war allerdings nicht immer nötig, neue Unternehmen in Offshore-Ländern zu gründen. Der Schusswaffenproduzent »Kalaschnikow«, ein Teil des Konzerns »Rostech«, hat eine Tochtergesellschaft in den USA gegründet, um US-amerikanische Sanktionen zu umgehen und weiter den amerikanischen Markt beliefern zu können. Diese Operation stellte sich als erstaunlich einfach heraus. In der Tat ist die 2015 gegründete amerikanische Tochtergesellschaft von »Kalaschnikow« – »Kalashnikov USA« – von den Sanktionen nicht betroffen. Die Produktion hat bereits begonnen.

... Täuschung der Handelspartner

Eine weitere Methode, Sanktionen zu umgehen ist es, Geschäfte mit westlichen Partnern unter veränderten Bedingungen fortzusetzen, ohne dass diese sich darüber im Klaren sind, dass sie mit sanktionierten Unternehmen kooperieren oder das Krim-Embargo unterlaufen. Eine in der russischen Zeitung »Wedomosti« zitierte französische Firma berichtet, dass sich nach Verhängung von Sanktionen gegen ihren russischen Handelspartner bei den Franzosen ein anderes russisches Unternehmen meldete, das das gleiche Produkt verkaufte. Die Franzosen standen dem misstrauisch gegenüber, gingen aber trotzdem eine Kooperation mit dem zweiten Unternehmen ein. Formal gesehen, taten sie nichts Verbotenes. Sie ahnten jedoch, dass sie dadurch Sanktionen umgehen, was an sich eine strafbare Tat ist. Unter den Fällen, in denen die Kooperation mit den russischen Partnern fortgesetzt wurde, sind auch solche, in denen westliche Firmen vermutlich wussten, dass sie getäuscht werden und solche, wo die ersteren glaubhaft zu machen versuchen, dass sie vom wahren Charakter der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland keine Ahnung hatten. Zu den letzteren gehört der Fall der deutschen Firma »Siemens«, deren Gasturbinen im Sommer auf der Krim landeten.

Die Gasturbinen hatte das Unternehmen »Siemens Technologii Gasowyych Turbin« hergestellt, das zu 65 Prozent Siemens gehört und zu 35 Prozent dem rus-

sischen Unternehmen »Silowyje Maschiny«, das wiederum Eigentum des Oligarchen Aleksej Mordaschow ist. Sie wurden an »Technopromeksport« verkauft, das zum »Rostech«-Konzern gehört. Schon während des Produktionsprozesses hatte die ukrainische Zeitung »Serkalo Nedeli« den Verdacht, dass sie auf die Krim geliefert werden sollen. Nachdem die Turbinen bereits an »Technopromeksport« verkauft waren, schöpfte auch Siemens Verdacht, dass sie für die Krim bestimmt sind, und stoppte die Lieferung von zusätzlichen Teilen, die die Inbetriebnahme der Turbinen erst möglich machen. Daraufhin arbeitete die russische Firma »Interawtomatika« daran, die Turbinen so zu modifizieren, dass sie auch ohne zusätzliche Siemens-Komponenten funktionieren würden. Als die technologisch angepassten Turbinen auf die Krim gelangt waren, sah sich Siemens gezwungen, Technopromeksport und »Siemens technologii gaszowych turbin« vor einem russischen Wirtschaftsgericht zu verklagen. Weiterhin forderte Siemens den Rückkauf von Turbinen und untersagte weitere Exporte seiner Technologien auf die Halbinsel. Das Moskauer Wirtschaftsgericht wies allerdings die Klage zurück. In diesem Zusammenhang befand sich Siemens in Erklärungsnot zu der Frage, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass ihre Produkte auf die Krim geliefert wurden. Dass man von dem Vorgang nichts gewusst habe, war nicht für jeden überzeugend.

Russland täuscht westliche Firmen nicht nur, um das Krim-Embargo zu umgehen, sondern auch, um eine angebliche Wirkungslosigkeit der Sanktionen vorzugaukeln. Dazu diente das Manöver, Rosneft quasi zu privatisieren, indem 19,5 Prozent der Aktien des Konzerns an den Schweizer Trader »Glencore« und den staatlichen Investitionsfond aus Katar verkauft wurden. Verdächtig erschien den Beobachtern in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Rosneft sich tags zuvor auf dem russischen Finanzmarkt fast die gesamte Summe besorgte, die für den Deal benötigt wurde. Journalisten der russischen Zeitschriften »Nowoje Wremja« und »RBK« interpretierten das so, dass Rosneft sich selbst »privatisiere«, um ein vermeintliches Interesse internationaler Investoren vorzutäuschen. In Wahrheit hatten nicht einmal die Firmen, die bereits Anteile an Rosneft besitzen, etwa die britische BP, Interesse an weiteren Aktien, sei es nun durch die Sanktionen bedingt oder nicht. Gerade die nichtwestlichen Investoren waren in ihrem Handeln nicht durch Sanktionen beschränkt – und interessierten sich trotzdem nicht für Rosneft.

China als Helfer bei der Sanktionsumgehung

Es ist wichtig zu betonen, dass nicht alle Länder, die in den Vereinigten Nationen vertreten sind, Sanktionen

gegen Russland verhängt haben, sondern nur Länder des Westens. Zwar halten sich manche nichtwestliche Länder, wie zum Beispiel die Türkei, die gegen Russland eigene Sanktionen eingeführt hatte, an westliche Verbote, ohne sie formal zu teilen. Viele nichtwestliche Staaten, allen voran China, helfen aber Russland durchaus dabei, die durch den Westen initiierten Beschränkungen zu umgehen.

Am Beispiel des Investitionsprojektes »Yamal LNG« der Genadij Timtschenko gehörenden russischen Firma »Novatek« lässt sich zeigen, wie chinesische staatliche Banken Russland zusätzliche Investitionsressourcen bereitstellen. Die chinesische Export-Import Bank und die Entwicklungsbank der Volksrepublik stellten für das Projekt 12 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, wobei sich die Gesamtkosten auf 27 Milliarden USD belaufen. An der Finanzierung beteiligten sich darüber hinaus die CNPC und der »Seidenstraßen-Fonds«. Auch wenn die chinesischen Kreditanstalten, besonders die privaten Banken, in ihren Entscheidungen durchaus die Sanktionen berücksichtigen, steht es ihnen frei, an sanktionierte Unternehmen langfristige Kredite zu verleihen.

Die chinesischen Firmen sind auch schon bei der Umgehung des Krim-Embargos aufgefallen. Die ukrainische Zeitung »Serkalo Nedeli« berichtet, wie China Russland bei der Errichtung der Stromverbindung zwischen Russland und der Krim über der Straße von Kertsch half. Ähnlich wagten auch türkische Firmen, das Krim-Embargo zu unterlaufen, trotz der Export- und Importzölle und Beschränkungen, die Russland und die Türkei gegeneinander verhängt haben. Die Türkei bleibt ein wichtiger Handelspartner Russlands und türkische Firmen nutzen die Gelegenheit, um auch die Krim zu beliefern.

Fazit: Sind die Sanktionen wirksam?

Durch die obigen Ausführungen könnte man leicht zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Sanktionen gegen Russland in ihrer Wirkung harmlos sind. Dieser Eindruck muss jedoch differenziert werden. Die Sanktionen sind effektiv, weil sie für viele Unternehmen die Fortsetzung des *business as usual* unmöglich gemacht haben. Darüber hinaus muss betont werden, dass die Sanktionen sowie das Krim-Embargo in erster Linie politische Instrumente sind. Sie sollen die russische Regierung dazu bewegen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Sie sind jedoch nicht gegen die russische Wirtschaft an sich gerichtet und sollen wirtschaftliche Beziehungen mit Russland – an denen viele westliche Firmen durchaus interessiert sind – nicht per se unterbinden. Auch besteht die russische Wirtschaft längst nicht nur aus den sanktionierten Unternehmen. Darüber hinaus ermöglichen die Verbindungen der sanktionierten Subjekte zu

anderen in- und ausländischen Firmen (etwa in China und der Türkei, aber auch in Brasilien und Indien), die Sanktionen zu umgehen. Die Sanktionen waren von

Anfang an auf eine Weise konzipiert, dass sie die russische Wirtschaft bestrafen, aber nicht lähmen würden.

Über die Autorin

Ewa Dąbrowska ist Doktorandin an der Universität Amsterdam und Koordinatorin des Programms »Prisma Ukraina. Research Network Eastern Europe« am Forum Transregionale Studien in Berlin. Ihrer Forschungsinteresse gilt wirtschaftlichen Ideen und Interessen in Russland, Polen und der Ukraine.

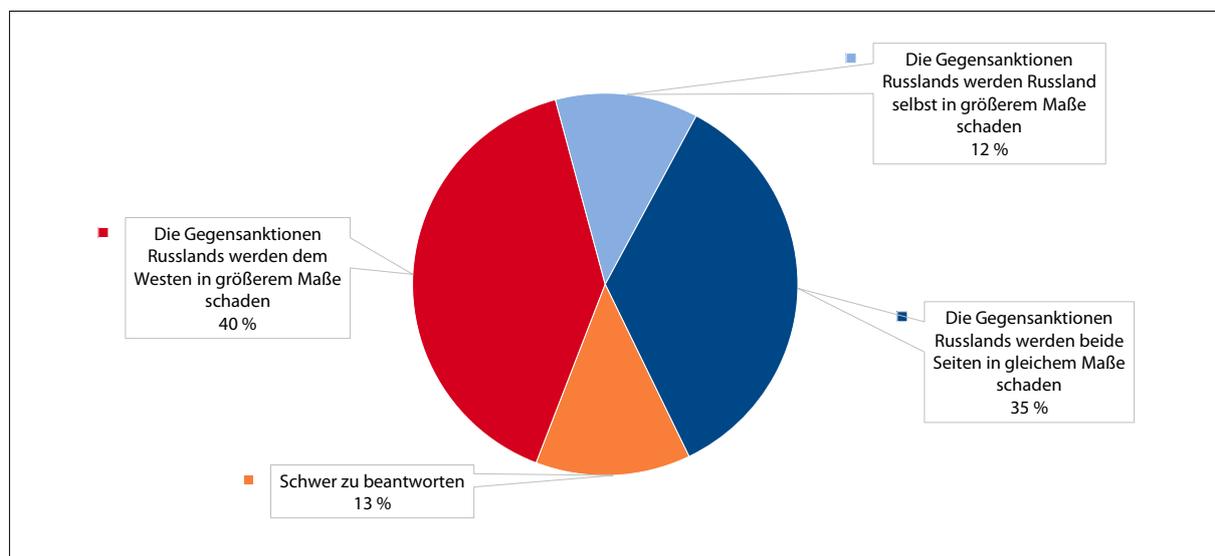
Lesetipp

Secieru, Stanislav: Russia under Sanctions: Assessing the Damage, Scrutinising Adaptation and Evasion, The Polish Institute of International Affairs: Warschau 2015.

UMFRAGE

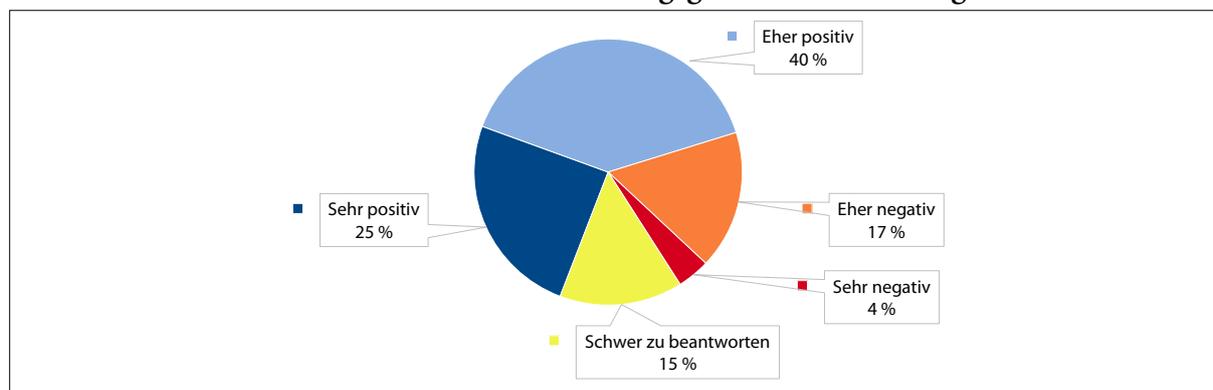
Russlands Bürger zur Sanktionspolitik

Grafik 1: Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hat Russland beschlossen, Gegensanktionen gegen den Westen zu verhängen. Wem werden Ihrer Meinung nach diese Sanktionen stärker schaden?



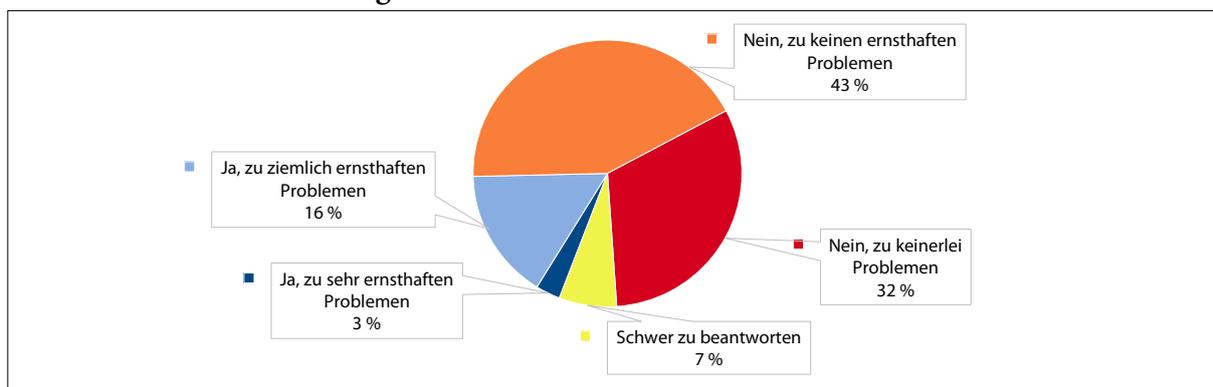
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. April 2017, <www.levada.ru/2017/05/15/sanktsii-i-kontrsanctsii-3/>, veröffentlicht am 15. Mai 2017

Grafik 2: Wie stehen Sie insgesamt zum Importverbot von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten aus EU-Ländern und den USA, das von der Führung Russlands als Reaktion auf Sanktionen dieser Länder gegen Russland verhängt wurde?



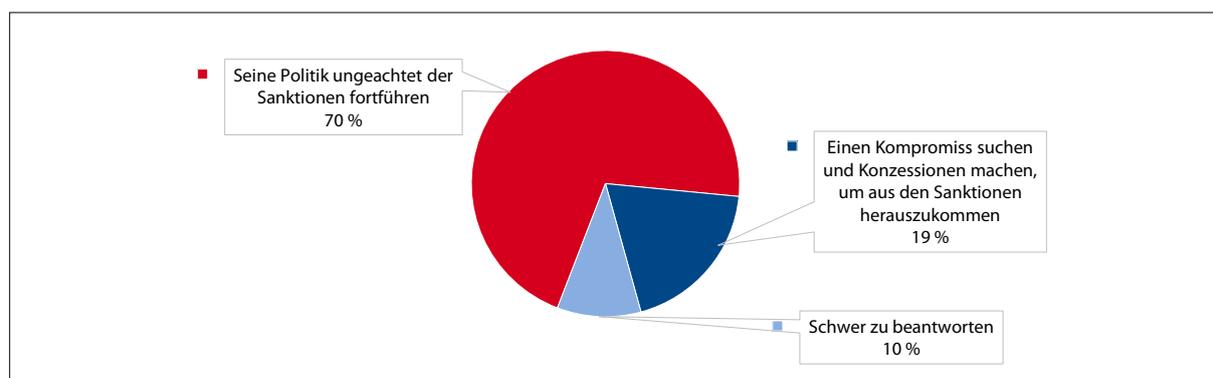
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. April 2017, <www.levada.ru/2017/05/15/sanktsii-i-kontrsanktsii-3/>, veröffentlicht am 15. Mai 2017

Grafik 3: Haben die Sanktionen der Länder des Westens gegen Russland zu Problemen für Sie und Ihre Familie geführt?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. April 2017, <www.levada.ru/2017/05/15/sanktsii-i-kontrsanktsii-3/>, veröffentlicht am 15. Mai 2017

Grafik 4: Wie sollte sich Russland Ihrer Meinung nach als Reaktion auf die Sanktionen der Länder des Westens verhalten?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Mai 2017, <www.levada.ru/2017/06/15/16137/>, veröffentlicht am 15. Juni 2017

6. – 15. November 2017

06.11.2017	Wladimir Putin kündigt für 2018 eine Halbierung der Zuschüsse für nichtkommerzielle Organisationen, der sogenannten Präsidenten-Grants an. Er bittet zugleich die regionalen und kommunalen Behörden, Bedingungen für eine Weiterentwicklung des gemeinnützigen Bereichs zu schaffen.
07.11.2017	Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadij Sjuganow, kündigt seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 an. Es ist sein fünfter Versuch, zum Präsidenten Russlands gewählt zu werden.
07.11.2017	Die »New York Times« meldet unter Berufung auf Quellen aus dem Internationalen Olympischen Komitee, dass Russland die Teilnahme an der Eröffnungsfeier bei den Winterspielen 2018 in Südkorea untersagt werden könnte oder russische Athleten unter neutraler Flagge starten und bei Siegen auf die Nationalhymne verzichten müssen. Grund sei die Vielzahl russischer Dopingfälle in den vergangenen Jahren. In Russland fordern Politiker und Sportfunktionäre einen Boykott der olympischen Spiele, wenn diese Androhungen umgesetzt werden sollten.
09.11.2017	Das Internationale Olympische Komitee sperrt vier russische Skilangläufer wegen Dopingvergehen lebenslang für Olympische Spiele.
09.11.2017	Das Amtsgericht des Moskauer Basmanjy-Bezirks beschlagnahmt die Konten, das Auto und die Wohnung des Regisseurs Kirill Serebrennikow. Der künstlerische Leiter des »Gogol-Zentrums« befindet sich wegen des Vorwurfs der Veruntreuung von Fördergeldern unter Hausarrest.
10.11.2017	Präsident Wladimir Putin nimmt am Asien-Pazifik-Gipfel in Vietnam teil. Zu einem angestrebten offiziellen Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump kommt es jedoch nicht. Das Weiße Haus begründet dies mit Terminproblemen.
10.11.2017	Der Satiriker Michail Sadornow stirbt im Alter von 69 Jahren in Moskau.
13.11.2017	Der russische Fernsehsender »RT America« lässt sich in den USA als »ausländischer Agent« registrieren. Damit folgt der Sender einer Aufforderung des US-Justizministeriums. Grundlage ist ein Gesetz (der »Foreign Agents Registration Act«, kurz: FARA), das von ausländischen Lobbyisten, die die politischen Interessen ihres Heimatlandes in den USA vertreten, eine Registrierung verlangt. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte die Aufforderung der US-Behörden zuvor als »Angriff auf die Meinungsfreiheit« bezeichnet.
13.11.2017	Russlands Präsident Wladimir Putin trifft seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan in Sotschi. Im Anschluss an das Gespräch erklärt Putin, dass die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei vollständig wiederhergestellt seien.
14.11.2017	Das russische Verteidigungsministerium wirft den USA vor, Kampfeinheiten der Terrororganisation IS Schutz zu bieten. Die als Beweis veröffentlichten Fotos werden jedoch als Fälschung entlarvt, woraufhin das Verteidigungsministerium die Bilder löscht und von einem Fehler eines externen Mitarbeiters spricht. Das Ministerium bleibt dessen ungeachtet bei seinen Vorwürfen.
15.11.2017	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das ausländische Medien zur Registrierung zwingt. Internationale Medien, die aus dem Ausland finanziert werden, können dem Gesetz nach künftig als »ausländische Agenten« eingestuft werden. Betroffene Medien müssen demnach regelmäßig vollständig Auskunft über ihre Geldgeber, ihre Finanzausstattung und ihr Personal geben. Von dem Gesetz könnte auch die »Deutsche Welle« betroffen sein.
15.11.2017	Russland und Venezuela vereinbaren eine Umstrukturierung der Schulden des südamerikanischen Landes. Venezuela hatte 2011 einen Kredit von Russland in Höhe von 2,7 Milliarden Euro in Anspruch genommen, konnte seit 2016 wegen der Wirtschaftskrise im Land keine Rückzahlungen mehr tätigen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>